Inhalt:

630-DM-Gesetz hat sich bewährt S. 01
CDU rauft sich zusammen S. 02
SPD-Besuch beim Sozialen Ökohof S. 03
Zivildienstzeitverkürzung S. 04
Leserbrief zur Blumenschau S. 06
SPD-Stadtverband gegründet S. 07
SPD fordert Baugebiet für Alt-Bokel S. 08

Juni 2000

SPD: Das 630-DM-Gesetz hat sich bewährt

Sozialdemokraten erörterten Abschlussbericht zur Studie

Meppen

Das im April vorigen Jahres in Kraft getretene so genannte 630-DM-Gesetz hat sich bewährt. Karin Stief-Kreihe stellte auf der Kreisvorstandssitzung der SPD den Abschlussbericht der Studie zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vor. Die Studie war vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und von der Unternehmensberatung Kienbaum durchgeführt worden.

Im Rahmen der Untersuchung, so die Kreisvorsitzende Stief-Kreihe, wurden bundesweit ca. 53 000 Personen und 2700 Betriebs- und Personalräte befragt, außerdem 9500 Unternehmen sowie 5900 Vereine, Wohlfahrtsverbände und Freiwillige Feuerwehren. Für die Studie wurden die Branchen ausgewählt, in denen die größten Effekte der Neuregelung zu erwarten waren: Hotel- und Gaststättengewerbe, Zeitungsverlage und -vertriebe, Sportvereine und Wohlfahrtsverbände, Pflegeheime und -dienste, Einzelhandel, Gebäudereinigung, sonstiges Handwerk und Verkehrsbetriebe.

Karin Stief-Kreihe nannte als Ergebnis der Studie folgende Schwerpunkte: Durch das 630-Mark-Gesetz wurde die Entwicklung, Vollzeitarbeitsplätze in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, gestoppt. Die Beitragseinnahmen der Renten- und Krankenversicherung lägen höher als erwartet. Durch Umwandlung vormals geringfügiger Beschäftigungsverhätnisse in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sei es 1999 zu zusätzlich knapp vier Milliarden DM Beitragsmehreinnahmen gekommen. Es kam nicht zu dem von vielen befürchteten verstärkten Abwandern in die Schwarzarbeit – im Gegenteil. Neue Kontrollmöglichkeiten verringern Missbrauch und Schwarzarbeit. Die Studie zeigte aber auch, dass nur wenige geringfügig Beschäftigte von der Möglichkeit der freiwilligen Aufstockung der Rentenversicherungsbeiträge Gebrauch machen. Hier besteht noch ein Informationsdefizit, so Karin Stief-Kreihe.

Neue Kontrollen verringern Missbrauch und Schwarzarbeit

In der Diskussion wurden die Vor- und Nachteile des Gesetzes diskutiert. Der SPD-Kreisvorstand begrüßte, dass anfänglich aufgetretene Nachteile für einzelne Bereiche inzwischen beseitigt werden konnten. Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender, sprach hier insbesondere die sogenannte Übungsleiterpauschale an, die im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes zum 1. 1. 2000 in Kraft getreten ist. Sie wurde von 2400 DM jährlich auf 3600 DM jährlich erhöht und ist auch weiterhin von der Steuer- und Sozialversicherungspflicht freigestellt. Auch auf den Bedarf an so genannten kurzfristigen bzw. Saisonbeschäftigungsverhältnissen in den Bereichen der Gastronomie und der Zustellung von Wochenblättern wurde reagiert, betonte Gerda Siebert. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialversicherungsträger verständigten sich auf eine 50-Tage-Regelung.

Einig waren sich die Vorstandsmitglieder in der Kritik am großen Verwaltungsaufwand, der mit der Neuregelung verbunden ist. Hier müssen vereinfachte Melde- und Beitragseinzugsverfahren entwickelt werden. „Dazu ist allerdings eine Gesetzesänderung nicht notwendig", erklärte Karin Stief-Kreihe. Ein weiterer Appell richtet sich an die Privathaushalte. Hier zeigt die Studie noch eine „Meldelücke" auf. 700 000 Menschen, so wird geschätzt, arbeiten in Privathaushalten, ohne gemeldet zu sein.

Ems-Zeitung 06.06.2000

CDU rauft sich wieder zusammen

Ortsvereine und Fraktion üben sich im Schulterschluss

Von Christoph Herrmann

PAPENBURG. Irgendwann in der Nacht zu Mittwoch kehrte wieder Einigkeit ein in die zerstrittene CDU-Papenburg. Ganz einfach war der Friedensschluss aber offenbar nicht. Eigentlich sollte die frohe Kunde noch am Dienstag abend verbreitet werden. Doch daraus wurde nichts.

Dem Vernehmen nach hatten Fraktionsvorsitzender Bernd Kleinhaus und die Vorsitzenden der drei Ortsvereine Burkhard Remmers (Papenburg), Gerd Geiger (Herbrum) und Hermann-Josef Abeln (Aschendorf) noch eine ganze Weile zu tun, bis sie sich darüber einig waren, wie es weiter gehen soll.

Am Ende erklärten sie den erneuten Schulterschluss zwischen Partei und Fraktion und wiesen in dem Zusammenhang gleich noch einmal alle Vorwürfe gegen verschiedene CDU-Ratsherren zurück, sie hätten in der politischen Diskussion vor allem den eigenen Vorteil angestrebt.

Kein Politik-Verbot für Unternehmer

Auch Unternehmer müssten Ratsmitglieder sein können und umgekehrt müssten Ratsmitglieder, die ein Unternehmen haben, sich genau wie jedes andere Unternehmen auch um städtische Aufträge bewerben können, erklärten die CDU-Strategen.

Ausdrücklich bekannten sich Kleinhaus, Remmers, Abeln und Geiger zum parteilosen Bürgermeister Ulrich Nehe. Eigentlich hatte die CDU schon längst beschlossen, Nehe bei der nächsten Kommunalwahl zu unterstützen und keinen eigenen Kandidaten aufzustellen. Immer wieder allerdings war Nehe mit einzelnen CDU-Ratsherren oder auch gleich der ganzen Fraktion mehr oder weniger heftig aneinander geraten.

In Schutz nahmen die Vorsitzenden auch Ratsherrn Josef Möhlenkamp, der in den Verdacht geraten war, eine städtische ABM-Kraft zum Privateinsatz zugunsten des Tus Aschendorf abgeordnet zu haben. „Kein Handwerker des Bauhofs hat Reparaturarbeiten am Brüninghaus ausgeführt", heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Amandusschulrektor Möhlenkamp selbst hatte allerdings eingeräumt, einen der städtischen Mitarbeiter um eine kurze Begutachtung zu dem Vereinshaus gebeten zu haben, in dem Möhlenkamp am Donnerstag das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde.

Stinksauer ist vor allem Fraktionschef Bernd Kleinhaus auf das anonyme Fraktionsmitglied, dass die bösen Vorwürfe öffentlich kolportiert hatte. Sollte sich der Denunziant dingfest machen lassen, werde er von Fraktions-Besprechungen in Zukunft ausgeschlossen, kündigte Kleinhaus an.

Burkhard Remmers stellte klar, dass Partei und Fraktion auch weiterhin zusammenstehen, auch wenn in der Presse in den vergangenen Tagen ein anderer Eindruck entstanden sei.

Remmers hatte sich nach Bekanntwerden der Querelen in der Fraktion enttäuscht und verärgert gezeigt und zum Ärger der Ratsmitglieder angekündigt, dass die alte Aufgabenteilung, nach der die Partei vor allem für Veranstaltungen zuständig war und in der Fraktion die konkrete Politik beschlossen wurde, nicht mehr aktzeptabel war.

Hinter vorgehaltener Hand immer noch Kritik

Eine besonders originelle Theorie zur CDU-Affäre steuerte SPD-Sprecher Peter Raske bei: Der Ärger sei inszeniert worden, um anschließend Burkhard Remmers als Retter der Partei zu präsentieren, mutmaßte der Sozialdemokrat. Was er nicht wissen kann: Die fraktionskritischen Äußerungen von vergangener Woche hatte Remmers nicht von sich aus an die Presse herangetragen. Er hatte auf Fragen der Wecker-Redaktion seine Meinung zu den Querelen in der Fraktion geäußert und diese dann anderen Zeitungen gegenüber in ähnlicher Form wiederholt.

Hinter vorgehaltener Hand allerdings wird innerhalb der CDU-Fraktion weiter kritisiert: Einzelnen Ratsherren, so ist immer wieder zu hören, fehle schon das Gespür dafür, wo die Interessen der Allgemeinheit aufhören und die eigenen beginnen. Dennoch: Personelle Konsequenzen für den ein oder anderen soll die Affäre nach dem wiedervereinigten Willen von Partei und Fraktion nicht haben.

Der Wecker 13.06.2000

Juli 2000

„Hangeln von Bewilligung zu Bewilligung“

Finanzprobleme des Sozialen Ökohofes - SPD-Besuch

Papenburg (dy) **„Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir sagen: Wir können ja doch nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun“, das war die Schlussbemerkung von Pastor Gerrit Weusthoff bei einem Besuch der SPD-Kreistagsfraktion auf dem Sozialen Ökohof St. Josef.**

Der 1989 gegründete Soziale Ökohof St. Josef, der zunächst bei der Kirchengemeinde selbst angesiedelt war, dann ein eingetragener Verein wurde und Am Seitenkanal betrieben wird, beschäftigt regelmäßig zwischen 40 und 60 Leute. Dabei handelt es sich um Langzeitarbeitslose und sozial benachteiligte Menschen, die durch die Arbeit im ökologischen Land- und Gartenbau für den Wiedereintritt in der so genannten „ersten Arbeitsmarkt“ fit gemacht werden sollen, stellten Geschäftsführer Bernhard Jordan, Kassierer Alois Bamming, Projektleiter Dr. Andreas Menger und Pastor Gerrit Weusthoff den Verein und seine Arbeit in kurzen Zügen vor.

Bei einem Rundgang konnten sich die Gäste von den Aufgaben auf dem Hof ein Bild machen, aber vor allem wurden auch die Probleme geschildert, die bei Vereinen dieser Art überall ähnlich sind: Finanzfragen beeinträchtigen praktisch permanent eine langfristig angelegte und somit überschaubare Arbeit. Ein besonderes Problem ist, dass die Finanzierung des dreiköpfigen Anleiterteams auch immer infrage gestellt ist. „Wir hangeln uns von Bewilligung zu Bewilligung“, sagte Jordan. Dabei sei es eigentlich sehr wichtig, dass gerade das Team

Investitionen zurückgestellt

erhalten bleibe, auch über den Zeitrahmen der einzelnen Maßnahmen hinaus, fügte Weusthoff hinzu.

Aber es gibt auch neue Fragestellungen: „Das Interesse, Langzeitarbeitslose zu fördern, wird geringer“, hat man feststellen müssen. Investitionen würden zurückgestellt für Maßnahmen zu Gunsten jener, die gerade erst in die Arbeitslosigkeit gekommen seien, oder denen Arbeitslosigkeit drohe, wurde den SPD-Politikern verdeutlicht.

Peter Raske (Papenburg) unterstrich dann, dass „diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht aus einem Topf finanziert werden kann“. Die Arbeitsverwaltung sei in erster Linie für den ersten Arbeitsmarkt zuständig. Neue Finanzierungsmodelle seien gefragt. Das unterstützte auch sein Papenburger Parteifreund Roland Seemann: „Erst wenn es eine andere Finanzierung gibt, akzeptiert die Gesellschaft, dass es diese Probleme gibt“. Man dürfe Einrichtungen wie den Sozialen Ökohof St. Josef nicht unter dem Gesichtspunkt des Geldverdienens betrachten, hatte Gerrit Weusthoff schon die Richtung vorgegeben.

Seemann knüpfte hier an: „Erst wenn es Umrechnungen für die hier geleistete Arbeit gibt, die berücksichtigt, welche Vorteile die Gesellschaft hierdurch hat, dass Langzeitarbeitslose beschäftigt sind und qualifiziert werden, dann sieht es anders in der Bilanz aus.“ Nur: „hier will keiner so richtig heran“, befürchtet die Landtagsabgeordnete Karin Stief- Kreihe (Meppen). Gerade das jedoch würde ein anderes Bild vermitteln, meint Bernhard Jordan, der solche Besuche schon deshalb für wichtig erachtet, „um die Probleme möglichst vielen vor Augen zu führen“.

MITGLIEDER der SPD-Kreistagsfraktion besuchten den Sozialen Ökohof St. Josef. Foto: Dreyer

Der Soziale Ökohof braucht eine langfristige Perspektive

Wir leben von der Hand in den Mund

Papenburg (dy) – „Wir dürfen nicht dahin kommen, zu sagen, gegen die Arbeitslosigkeit kann man ja doch nichts tun", sagte Pastor Gerrit Weusthoff, und seine Gäste von der SPD-Kreistagsfraktion auf dem Sozialen Ökohof St. Josef stimmten ihm uneingeschränkt zu. Zuvor hatten sie sich über die Arbeit der Einrichtung informiert.

Zwischen 40 und 60 Mitarbeiter werden auf dem Ökohof beschäftigt. „Es geht nicht darum, hier die großen Gewinne einzufahren", sagte Weusthoff, „sondern Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren". Der 1989 gegründete Soziale Ökohof St. Josef, der zunächst bei der Kirchengemeinde angesiedelt war, dann ein eingetragener Verein wurde und Am Seitenkanal in Papenburg betrieben wird, ist erfolgreich in seiner Arbeit, wie Geschäftsführer Bernhard Jordan, Kassierer Alois Bamming, Projektleiter Dr. Andreas Menger und Pastor Weusthoff betonten.

Bei einem Rundgang konnten sich die Kommunalpolitiker von den Aufgaben auf dem Hof ein Bild machen, aber vor allem wurden ihnen auch die Probleme geschildert. Die Frage nach der Finanzierung beeinträchtigt eine langfristig angelegte Arbeit. Ein besonderes Problem ist, dass die Bezahlung des dreiköpfigen Anleiterteams auch immer in Frage gestellt ist. „Wir hangeln uns von Bewilligung zu Bewilligung", sagte Jordan. Dabei sei es eigentlich sehr wichtig, dass gerade das Team erhalten bleibe, auch über den Zeitrahmen der einzelnen Maßnahmen hinaus, fügte Weusthoff hinzu.

Und es ergibt sich eine neue Situation: Das Interesse, Langzeitarbeitslose zu fördern, wird geringer, hat man feststellen müssen. Qualifizierungsmaßnahmen, die denen helfen könnten, die seit einem Jahr oder länger arbeitslos sind, werden zurückgestellt für Maßnahmen für jene, die gerade erst arbeitslos geworden sind oder wo Arbeitslosigkeit droht, wurde den SPD-Politikern verdeutlicht.

Peter Raske (Papenburg) unterstrich, dass „diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht aus einem Topf finanziert werden kann". Neue Modelle seien gefragt, weil die Arbeitsverwaltung in erster Linie für den ersten Arbeitsmarkt zuständig sei. Man dürfe Einrichtungen wie den Sozialen Ökohof St. Josef nicht nach der Rentabilität bewerten. Sein Parteifreund Roland Seemann war sich mit Bernhard Jordan einig: „Erst wenn es Umrechnungen gibt, die klar machen, welche Vorteile die Gesellschaft davon hat, dass Langzeitarbeitslose qualifiziert werden, sieht die Bilanz anders aus."

Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion besuchten den Sozialen Ökohof St. Josef in Papenburg. Dreyer-Foto

EL am Sonntag 30.07.2000

August 2000

Zivildienstzeitverkürzung

Der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland Peter Raske widersprach der Kreis-CDU hinsichtlich der Auswirkungen bei der Verkürzung der Zivildienstzeit. Die SPD erwartete keine dramatischen Auswirkungen bei Zivildienstzeitverkürzung. Im Gegenteil könnten dadurch neue vollwertige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zum 1.7.2000 wurde die Dienstzeit für Zivildienstleistende von 13 auf 11 Monate verkürzt. Rechnerisch bedeutete dies, dass 50.000 Zivildienstleistende zum Stichtag ihren Dienst beenden könnten. Deshalb veranstaltete die CDU im Emsland mehrere Veranstaltungen, um Versorgungs- und Betreuungslücken für hilfsbedürftige Menschen herbeizureden.

Tatsächlich erklärten jedoch rund 17 Prozent der Zivildienstleistenden aus Gründen des Vertrauensschutzes und auf Grund eigener Lebensplanungen, die 13-monatige Dienstzeit abzuleisten. Ferner erfolgten zum 1.Juli 16.000 Neueinberufungen, so dass der zahlenmäßige Ausfall aufgrund der Dienstverkürzung weniger ins Gewicht fiel.

Es zeichnete sich ab, dass es zu Ausfällen in sozialen Dienstleistungen nicht kommen würde.

„Die meisten Dienste bei den Wohlfahrtsverbänden haben frühzeitig Vorsorge getroffen", erklärte Peter Raske. Die Debatte um die Wehrpflicht und die damit verbundene Zukunft des Zivildienstes hatte dazu geführt, dass die sozialen Dienste sich neu orientierten und dem Zivildienst nur noch eine Mittelfristigkeit zumaßen. Peter Raske forderte, dass die sozialen Dienste zukünftig stärker auf Fachpersonal zurückgreifen sollten. Zwar würden damit bestimmte Dienste teurer, gleichzeitig würden aber auch neue Arbeitsplätze geschaffen.

„Keine Versorgungslücke“

Kontroverse um den verkürzten Zivildienst

Papenburg
Der sozialpolitische Sprecher der SPD im Emsland, Peter Raske aus Papenburg, hat der Kreis-CDU hinsichtlich möglicher negativer Folgen bei der Verkürzung der Zivildienstzeit widersprochen. Die SPD sehe im Gegensatz zu den Christdemokraten keineswegs „dramatische Auswirkungen“.

Zum 1. Juli wurde die Dienstzeit für Zivildienstleistende von 13 auf elf Monate verkürzt. Rechnerisch bedeute dies, dass 50 000 Zivildienstleistende zum Stichtag ihren Dienst hätten beenden können. Deshalb organisierte die CDU im Emsland mehrere Veranstaltungen, um Versorgungs- und Betreuungslücken für hilfsbedürftige Menschen herbeizureden. Tatsächlich hätten jedoch rund 17 Prozent der Zivildienstleistenden aus Gründen des Vertrauensschutzes und auf Grund eigener Lebensplanungen erklärt, die 13-monatige Dienstzeit abzuleisten.

Ferner seien zum 1. Juli 16 000 Neueinberufungen erfolgt, so dass der zahlenmäßige Ausfall auf Grund der Dienstverkürzung kaum ins Gewicht falle. Es zeichne sich eindeutig ab, dass es nicht zu gravierenden Ausfällen in sozialen Dienstleistungen kommen werde. „Die meisten Dienste bei den Wohlfahrtsverbänden haben frühzeitig Vorsorge getroffen“, erklärte Peter Raske. Die Debatte um die Wehrpflicht und die damit verbundene Zukunft des Zivildienstes habe dazu geführt, dass die sozialen Dienste sich neu orientierten und dem Zivildienst nur noch eine Mittelfristigkeit zumessen würden. Peter Raske fordert, dass die sozialen Dienste zukünftig stärker auf Fachpersonal zurückgriffen. Zwar würden damit bestimmte Dienste teurer, gleichzeitig würden aber auch neue Arbeitsplätze geschaffen.

Ems-Zeitung 14.08.2000

Der Leser hat das Wort

Veröffentlichungen stellen die persönliche Ansicht des Einsenders dar. Textkürzungen behalten wir uns vor.
Die Redaktion

Zahlenmäßiger Ausfall fällt ins Gewicht

Betrifft: „Keine Versorgungslücke - Kontroverse um den verkürzten Zivildienst“ (EZ-Ausgabe vom 14. 8. 2000)

„Die Äußerungen des sozialpolitischen Sprechers der SPD im Emsland, Herrn Raske, sind so in diesem Zusammenhang nicht ganz richtig. Als Heilerziehungspfleger und Gruppenleiter im Gruppendienst einer heilpädagogischen Einrichtung der Behindertenhilfe kann ich sagen: Der zahlenmäßige Ausfall der ZDLer fällt schon ins Gewicht und verursachte (und verursacht weiterhin) in unserem Bereich eine Lücke, die innerhalb meiner Behindertengruppe mit zehn Plätzen zwei Monate gar nicht und ab dem 1. August nur zur Hälfte wieder geschlossen werden konnte.

Hierbei darf man nicht vergessen, dass wir uns in der Haupturlaubszeit befinden und somit insgesamt vier meiner festen Kräfte keinen Urlaub nehmen konnten. Ich überlasse es Herrn Raske zu prüfen, ob er dieses als ‚nicht gravierend‘ einstufen möchte.

Außerdem haben wir in unserem Bereich keine Vorsorge treffen können, da wir keinen Spielraum zur Vorsorge mehr hatten. Herr Raske sollte sich daran erinnern, dass wir seit 1992 eine Kostendeckelung in unseren Bereichen der Behindertenhilfe haben, die einen weiteren Zuwachs an Personal und zusätzlichen Hilfen eindeutig nicht vorsieht.

Die von ihm angesprochene Neuorientierung kann nicht stattfinden, da wir weiterhin mit dem Wenigen, was zur Verfügung steht, ganz heftig haushalten müssen. Und dieses geschieht mit einer Mehrbelastung des Fachpersonals und ganz und gar nicht durch die von ihm angesprochene Einstellung neuen Fachpersonals, denn dafür steht den Trägern kein Geld mehr zur Verfügung. Fehlende Zivis werden jetzt notdürftig durch ‚630-Mark-Kräfte‘ ersetzt, wobei Zivis 38,5 Wochenstunden leisteten und die Ersatzkräfte nur zwölf Stunden einsetzbar sind. Noch mehr Zahlen gefällig, Herr Raske?

In den letzten vier Jahren sind allein in meiner kleinen Wohngruppe insgesamt zirka 50 Wochenstunden an Personal abgebaut worden! Aber – welche Attribute benutzte Herr Raske doch noch? – ‚keineswegs dramatisch‘, ‚der Ausfall fällt kaum ins Gewicht‘, ‚keine gravierenden Ausfälle‘!

Durch meine ehrenamtliche Tätigkeit als Mitglied der Mitarbeitervertreung (MAV) kann ich sagen, dass es im Grunde keine Rolle spielt, ob die gerade regierende Partei Schwarz, Grün oder Rot in ihrem Parteiemblem trägt: Der soziale Bereich ist unter allen Regierungen das Stiefkind der Politik gewesen, auch wenn uns unsere ‚Frontpolitiker‘ anderes in die Bücher schreiben wollen.

Durch die gleichgültigen Aussagen von Herrn Raske zu diesem Thema werden sich wahrscheinlich noch einige meiner sich ‚im Dienst am Nächsten‘ aufreibenden Kolleginnen und Kollegen davon abhalten lassen, sich für Politik zu interessieren und Wahlstuben aufzusuchen. Erkundigen Sie sich demnächst an der Basis, um Ausfälle im Personalbereich zu erkunden, und tun Sie dann etwas dafür, dass uns unser Beruf auch in Zukunft noch Spaß macht und wir nicht nur eine ‚Grundversorgung‘ im Sinne der Pflege und Betreuung von behinderten Mitmenschen leisten können!“

Ludger Hermes
Cramersweg 18
Aschendorf

Viele Leserbriefe erreichen uns täglich, Zuschriften, die Kritik und Zustimmung, Anregungen und Vorschläge enthalten. Aus der Flut der Einsendungen können wir nur einen Teil veröffentlichen. Kürzungen lassen sich nicht vermeiden, da wir einen möglichst großen Kreis von Lesern zu Wort kommen lassen wollen. Jedem Brief wird die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Wir bitten aber um ihr Verständnis, dass wir nicht jede Zuschrift beantworten können.

Ems-Zeitung 18.08.2000

Der Leser hat das Wort

An den Wecker, Postfach 1165, 26811 Rhauderfehn

Als verpaßte Gelegenheit für ein Dankeschön an die Jugend bezeichnet der Papenburger Peter Raske die Rede von Bürgermeister Ulrich Nehe zur Eröffnung der Blumenschau in der Kanalstadt.

Bei den Eröffnungsreden zur Blumenschau lobte der Bürgermeister der Stadt Papenburg alle, die zum Gelingen der Blumenschau beigetragen haben. Er dankte allen beteiligten Firmen, der Stadtgärtnerei, dem Arbeitsamt, der Bevölkerung usw.

Sicherlich kann die Stadt stolz sein, was hier auf die Beine gestellt wurde. Die Jugend wurde nur erwähnt bei dem Eigenlob bei der Initiative der Stadt „Bleib sauber Kumpel". Die Jugendlichen wurden aufgefordert ihre Abfälle in die Abfallbehälter zu schmeißen. Schmeißen nur Jugendliche Abfälle achtlos weg? Ganz abgesehen davon, dass der Hinweis auf dieses Projekt bei der Eröffnung der Blumenschau völlig fehl am Platz war, versäumte der Bürgermeister eine Gelegenheit, einen lobenswerten Beitrag von Jugendlichen zum Gelingen der Blumenschau zu erwähnen.

Über mehrere Wochen bei Wind und Wetter haben Auszubildende der Gärtnerei der Johannesburg (Surwold) im Frühjahr die Kübel bepflanzt, die nun für ein Blütenmeer in der Innenstadt am Kanal sorgen. Sie sind stolz auf ihre Arbeit. Sie hätten ein Dankeschön verdient. Und der Bürgermeister hätte darauf hinweisen können, dass in der kinderreichen Stadt Papenburg auch Jugendliche mithelfen ihre Stadt attraktiv zu machen, statt indirekt den Vorwurf zu erheben, sie seien allein für den Müll zuständig. Schade, eine verpasste Gelegenheit.

Peter Raske
Am kamp 31
26871 Papenburg

Leserbriefe vertreten nicht die Meinung der Redaktion. Wir behalten uns das Recht der Kürzung vor. Anonyme Zuschriften an den Wecker finden keine Aufnahme.

Ems-Zeitung 20.08.2000

SPD-Stadtverband in Papenburg gegründet

Bloem mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt

Papenburg (ma) 27 Mitglieder der beiden Ortsvereine Aschendorf und Papenburg haben in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung im „Goldenen Anker" den SPD-Stadtverband Papenburg ins Leben gerufen. Wichtigste Aufgabe dieses neuen Gremiums ist laut Satzung die „Führung und Koordinierung von Wahlkämpfen".

Der stellvertretende Kreisvorsitzende Peter Raske wies ausdrücklich Befürchtungen einiger Sozialdemokraten zurück, wonach die neue Institution die umfangreichen Aufgaben eines „Dachverbandes" übernehmen soll: „Es handelt sich keinesfalls um eine politisches Profilierungsplenum. Die Ortsvereine behalten ihre politische Autonomie."

SPD-Kreisgeschäftsführer Ulrich Iserlohe erläuterte, dass der Bezirksparteitag in Emden die Ortsvereine aufgefordert hatte, auf Samtgemeinde- beziehungsweise Stadtverbandsebene einen übergeordneten Verband zu gründen. Hintergrund dieses Beschlusses seien Zwistigkeiten zwischen einzelnen Ortsvereinen in Ostfriesland und Wesermarsch bei der Aufstellung des hauptamtlichen Bürgermeisters gewesen. Ähnliche Querelen sollen mit dem neuen Stadtverband möglichst im Vorfeld ausgeräumt werden.

Mit 25 Jastimmen bei zwei Gegenstimmen wählten die SPD-Mitglieder aus Papenburg und Aschendorf Bernhard Bloem zum ersten Vorsitzenden des neu gegründeten SPD-Stadtverbandes. Auf seinen Stellvertreter Thomas Nintemann entfielen 23 Stimmen. Stimmberechtigte Vorstandsmitglieder sind zudem Schriftführer Ansgar Schnieders sowie die Beisitzer Fritz Dacke, Norbert Hermes, Christa Kröger, Ferdinand Saalfeld und Thomas Witolla.

AUF GUTE Zusammenarbeit: der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Bernhard Bloem (rechts) und sein Stellvertreter Thomas Nintemann. Foto: Mammes

Ems-Zeitung 26.08.2000

September 2000

SPD fordert Baugebiet für Alt-Bokel

Die SPD-Fraktion beschäftigte sich mit der Zukunft des Ortsteiles Alt-Bokel.

Neben der Stadtmitte müssten die Ortsteile von Papenburg gestärkt werden. Bei der Eingemeindung von Bokel war die Stadt die Verpflichtung eingegangen, für eine Entwicklung in Bokel zu sorgen. Aber Alt-Bokel konnte sich in der Vergangenheit nicht weiter entwickeln. Der Ortsteil Alt-Bokel sollte als dörfliche Lebensgemeinschaft erhalten bleiben. Eine bauliche Entwicklung müsste im begrenztem Umfang möglich sein.

Anton Schippmann berichtete, dass seit 13 Jahren in Alt-Bokel kein neues Haus gebaut wurde. Wenn den Kindern der Einwohner von Bokel keine Gelegenheit für einen Hausbau eröffnet würde, könnte der Ortsteil als dörfliche Gemeinschaft mit einer durchmischten Altersbevölkerung nicht länger existieren.

Deshalb wollte die SPD erneut die Forderung in den Rat einbringen, ein Baugebiet im Bereich Alt-Bokel auszuweisen. Nur so könnte eine lebendige Siedlung mit entsprechenden nachbarschaftlichen Beziehungen und einer Vereinsstruktur erhalten bleiben.

Auch die bisher ausgewiesenen Industrieflächen stünden einer Ausweisung eines Baugebietes nicht entgegen. Es wären auch noch genügend Flächen entlang der Ems für weitere Industrieflächen da, wobei angezweifelt werden müsste, dass sie überhaupt benötigt würden. Anton Schippmann forderte die Stadt und den Rat auf, endlich klar zu entscheiden, was aus Bokel werden sollte. Wenn aus Bokel Industrieflächen gemacht werden sollten, dann sollte man dies den Bürgern auch mitteilen. Dann wäre die Stadt aber auch entschädigungspflichtig.

SPD-Ratsmitglieder besichtigen ein mögliches Baugebiet in Alt-Bokel